

**Sperrfrist:  
1. März 2006  
10.00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**



**Mediengespräch vom 1. März 2006  
Wachstumschancen im Postmarkt ergreifen**

### **Finanzierung der Grundversorgung auf nachhaltiger Basis**

Dr. Pascal Gentinetta, Mitglied der Geschäftsleitung economisesuisse

Die Diskussion um die Weiterentwicklung des Briefmarktes wird stark von der Angst geprägt, eine landesweite Grundversorgung sei in einem liberalisierten Umfeld nicht mehr finanzierbar. Erfahrungen im Ausland, aber vor allem auch eine spezifische Analyse der finanziellen Perspektiven für die Schweizerische Post zeigen jedoch, dass diese Besorgnis weitgehend unbegründet ist. Wir möchten deshalb heute eine gewisse «gymnastique intellectuelle» durchführen, um den Beweis zu erbringen, dass der Universaldienst der Schweizerischen Post auch in einem liberalisierten Umfeld finanziert werden kann. Aufgrund der finanziellen Ausgangslage, der voraussichtlichen Wettbewerbsentwicklung, des Kosteneinsparungspotenzials, der möglichen Mindererlöse sowie des Potenzials mit neuen Aktivitäten kann die zukünftige Finanzierung der Grundversorgung plausibilisiert werden. Allerdings ist es dabei nicht das Ziel, sich in den unternehmerischen Freiraum der Schweizerischen Post einzumischen bzw. ihr Vorgaben für die Betriebsführung zu machen.

Der heutige Universaldienst verfügt über eine komfortable Ertragsausgangslage. Dies ist das Verdienst der Konzernleitung der Schweizerischen Post. So stellt die Führung des flächendeckenden Universaldienstes – nicht zuletzt dank der beträchtlichen Monopolrente im Briefbereich – ein sehr lukratives Geschäft dar. Für das Jahr 2004 beziffert die Postregulationsbehörde den Gewinn der Post im Universaldienstbereich auf 776 Mio. Franken oder auf über 90 Prozent des Gesamtgewinns. Dies dürfte sich auch im Jahr 2005 kaum ändern. Die Schweizerische Post erzielt damit aus der Grundversorgung viel höhere Erträge als sie eigentlich für die vollständige Kostendeckung braucht.

Zudem wird – dank der Aufklärungsarbeit der Postregulationsbehörde – zu Recht weiterhin über die richtige Kostenallokation auf die verschiedenen Sparten der Post diskutiert. Damit der immer noch latente Verdacht der Quersubventionierung, insbesondere zu Lasten des Monopolbereichs und zugunsten der Postfinance, zukünftig ganz ausgeschlossen werden kann, ortet die Wirtschaft noch Korrekturbedarf bei Transferpreisen und beim «Infrastrukturbeitrag»: Die effektiven Vollkosten des Poststellennetzes sind auf alle Produkte nach den Prinzipien der Betriebswirtschaftslehre zu verteilen, wie es in den EU-Ländern üblich ist. Diese buchhalterische Bereinigung dürfte sich positiv auf das Ergebnis des Universaldienstes auswirken. Für den Konzernge-

winn ändert sich hingegen nichts. Die Überfinanzierung des Universaldienstes wird aber noch deutlicher.

Gleichzeitig verfügt die Post über grosses Kosteneinsparungspotenzial. Mit der sinnvollen Ausgliederung des – sicherheitsbedingt – teureren Zahlungsverkehrs aus dem Universaldienst, den finanziellen Folgen aus der Umsetzung des REMA-Projekts, der möglichen Reorganisation der Zustellung und einer konsequenteren Umwandlung von Poststellen in Agenturen könnten die Kosten des Universaldienstes stark gesenkt werden. Dies ohne Leistungseinbussen für die Kunden.

Die Vorschläge der Wirtschaft haben auch einen Einfluss auf die Einnahmenseite des Universaldienstes der Post. Will man in einem offenen Markt gleich lange Spiesse gewährleisten, sind einerseits allfällige Mindereinnahmen zu berücksichtigen. Diese Mindereinnahmen gründen sowohl auf der Aufhebung der bisherigen Privilegien (Befreiung von der Gewinnsteuer, Subventionen für Zeitungstransport, keine risikogerechte Verzinsung des Dotationskapitals) als auch aus den Folgen eines erhöhten Wettbewerbs (Preissenkungen, Marktanteileinbussen). Andererseits sind dank einem grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum, dank Innovationen und dank den Gebührenerlösen aus dem «Access», der den Postkonkurrenten gewährt wird, in Zukunft auch Mehreinnahmen zu erwarten.

Seitens der Post wird zu Recht betont, dass mit dem technologischen Wandel die Einnahmen aus der Briefpost langfristig sinken könnten. Das ist aber kein Effekt der Marktöffnung, sondern eine Konsequenz aus der möglichen Substitution der Briefpost durch elektronische Kommunikationsmittel. Davor schützt kein Briefmonopol. Im Gegenteil: Die Wirtschaft ist überzeugt, dass eine konsequente Marktöffnung mit entsprechenden Rahmenbedingungen für das Briefsegment mehr Vorteile bietet, da dieses gegenüber dem Substitutionsprozess besser gerüstet sein wird als durch die Abschottung im Monopol.

Aus diesen Überlegungen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

1. Angesichts der sehr komfortablen Ertragsausgangslage dürfte durch eine vollständige Öffnung des Briefmarktes die Finanzierung der Grundversorgung nicht bedroht werden. Im Gegenteil: Mit der Umsetzung der Vorschläge der Wirtschaft könnte der Universaldienst gestärkt und die Ertragslage der Schweizerischen Post nochmals verbessert werden.
2. Der Universaldienst dürfte auch unter Berücksichtigung eines möglichen Substitutionsprozesses in den nächsten zehn Jahren in einem liberalisierten Umfeld weiterhin hinreichend finanziert sein.
3. Selbst wenn die erstrebenswerten Anpassungen im Poststellennetz und bei der Organisation der Zustellung nicht vollständig zustande kämen, dürfte die Finanzierung des Universaldienstes bei einer vollkommenen Marktöffnung gewährleistet sein.

Vor diesem Hintergrund sind die Ängste um die Finanzierung der Grundversorgung weitgehend unbegründet. Auch ohne den heutigen Monopolschutz zulasten der Kunden ist die flächendeckende Grundversorgung weiterhin finanziert. Der Universaldienst der Schweizerischen Post dürfte – mit oder ohne Zulassung der Konkurrenz – weiterhin ein sehr lukratives Geschäft darstellen.